



MUSEUMSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

PRESSEMITTEILUNG

Museumsverband Baden-Württemberg befragt Parteien im Land zu Positionen hinsichtlich der Museumsarbeit mit Wahlprüfsteinen

Stuttgart, 03.03.2026

Die Landtagswahl am 8. März 2026 in Baden-Württemberg fällt in eine Zeit krisenhafter Entwicklungen. Von ihren Auswirkungen sind auch die Museen im Land betroffen. Die aktuelle politische und finanzielle Lage führt vielerorts zu erheblicher Verunsicherung. Sei es, dass Zuschüsse von Kommunen für ehrenamtlich geführte Einrichtungen reduziert werden oder dass Mittel kommunaler Museen gekürzt und Stellen abgebaut werden. Vor diesem Hintergrund wandte sich der Museumsverband Baden-Württemberg mit vier Themenkomplexen an die demokratischen Parteien, um die Standpunkte jener zu Museen, zur Museumsarbeit und zur Bedeutung von Museen als Bildungs- und Lernorte zu erfahren.

Befragt wurden die Landesorganisationen der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die Linke und SPD. Im Mittelpunkt standen die Förderung der Sammlungsarbeit, die Rolle der Museen im Ganztage, Investitionen in historische Museumsgebäude sowie die Zukunft der Förderprogramme des Landes. Die nun vorliegenden Antworten zeigen: Die Bedeutung der Museen für das kulturelle Erbe, die Bildungslandschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird parteiübergreifend honoriert. Unterschiede bestehen vor allem in der Frage, ob Museen strukturell stärker als Pflichtaufgabe verankert oder primär über Förderprogramme unterstützt werden sollen. Sabine Mücke, Präsidentin des Museumsverbandes Baden-Württemberg, sagt dazu: „Wir freuen uns über die breite Anerkennung der Museumsarbeit in allen Antworten. Die unterschiedlichen Ansätze zeigen zugleich, dass die Ausgestaltung der Unterstützung politisch gestaltbar ist.“

SAMMLUNGSARBEIT: BEDEUTUNG UNSTRITIG – STRUKTURFRAGE OFFEN

Einigkeit herrscht darüber, dass Sammeln, Bewahren und wissenschaftliche Erschließung zu den Kernaufgaben der Museen gehören. Mehrere Parteien sprechen sich für eine verlässliche Fortführung oder Verstärkung von Programmen zur Sammlungsqualifizierung aus.

Unterschiede zeigen sich bei der strukturellen Absicherung: Während etwa Die Linke Kultur ausdrücklich als staatliche Pflichtaufgabe begreift und eine stärkere rechtliche Verankerung fordert, setzen andere Parteien – darunter Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP – eher auf gezielte Förderinstrumente und Weiterentwicklung bestehender Programme. Die SPD kündigt eine verlässlichere, langfristige Finanzierung an und zeigt sich prüfbereit hinsichtlich einer stärkeren Anerkennung von Museumssammlungen als nationales Kulturgut.

Zur möglichen Erweiterung des Stiftungszwecks der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg signalisieren mehrere Parteien Offenheit, teils verbunden mit der Forderung nach zusätzlichen Mitteln und transparenter Beteiligung des Museumswesens.



MUSEUMSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

MUSEEN ALS STARKE PARTNER IM GANZTAG

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/2027 wächst die Bedeutung außerschulischer Lernorte. Die befragten Parteien erkennen Museen ausdrücklich als wichtige Bildungspartner an. Hervorgehoben werden vor allem klare organisatorische Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und verlässliche Finanzierung. Die SPD betont die finanzielle Stärkung der Kommunen, während FDP und CDU auf praktikable Koordinierungsstrukturen und praxistaugliche Modelle setzen. Die Linke Baden-Württemberg fordert darüber hinaus eine deutliche Ausweitung museumspädagogischer Stellen. Bündnis 90/Die Grünen verweisen auf verbesserte Monetarisierungsmöglichkeiten im Ganztag und sprechen sich für klare organisatorische Rahmenbedingungen sowie eine stärkere Vernetzung aus.

Deutlich wird jedoch auch: Verlässliche Bildungsangebote erfordern verlässliche personelle Strukturen. Insbesondere kleinere und ehrenamtlich getragene Museen benötigen hier Planungssicherheit und tragfähige Finanzierungsmodelle.

NACHHALTIGKEIT, BARRIEREFREIHEIT UND NOTFALLPLANUNG

Beim Investitionsbedarf in historische Museumsgebäude besteht breite Übereinstimmung. Nachhaltigkeit, energetische Sanierung und Barrierefreiheit werden parteiübergreifend als wichtige Aufgaben benannt. Bündnis 90/Die Grünen betonen die Verbindung von Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit. Die CDU setzt auf den Ausbau bestehender Förder- und Beratungsstrukturen. Die SPD kündigt einen eigenen Fördertopf für Kulturinvestitionen an, während die FDP auf effiziente und denkmalgerechte Ausgestaltung von Programmen verweist. Die Linke hingegen fordert ein umfassendes Investitionsprogramm sowie verbindliche Förderung von Barrierefreiheit.

In der Frage der Notfallvorsorge besteht parteiübergreifend Einigkeit, dass Prävention günstiger ist als Schadensbewältigung – insbesondere im Hinblick auf zu nehmende Extremwetterereignisse.

FÖRDERPROGRAMME: WUNSCH NACH VERLÄSSLICHKEIT

Ein Fortbestand bestehender Förderprogramme wird von allen Parteien grundsätzlich befürwortet. Während die CDU und die FDP eine regelmäßige Evaluation und qualitätsorientierte Weiterentwicklung betonen, unterstreichen die Grünen die besondere Bedeutung niedriger Eigenanteile für kleinere Häuser. Die SPD fordert eine transparente Förderstrategie mit langfristigen Laufzeiten und einheitlichen Verfahren. Die Linke plädiert für weniger projektbezogene, stärker institutionelle Förderung und mehr Planungssicherheit.

Hier zeigt sich ein gemeinsames Verständnis für die Notwendigkeit verlässlicher Rahmenbedingungen – bei unterschiedlichen kulturpolitischen Leitbildern. Außerdem wird deutlich: Innovation, Digitalisierung, Restaurierung und Vermittlung bleiben ohne projektbezogene Landesmittel für viele Museen kaum realisierbar.

FAZIT DES MUSEUMSVERBANDES

Die Antworten der Parteien zeigen eine breite kulturpolitische Anerkennung der Museumsarbeit in Baden-Württemberg. Museen sind unverzichtbare Orte kultureller Identität, Bildung und gesellschaftlicher Verständigung.



MUSEUMSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Gleichzeitig bleibt die strukturelle Absicherung – insbesondere im Bereich Sammlung, Vermittlung und Gebäudeunterhalt – eine zentrale Zukunftsfrage.

„Damit die Museen ihre vielfältigen Aufgaben im Bereich Sammeln und Bewahren, Ausstellen und Vermitteln in Verbindung mit einer publikumsorientierten, barrierefreien Teilhabe, auch künftig erfüllen können, brauchen sie verlässliche politische und finanzielle Rahmenbedingungen über projektbezogene Förderungen hinaus“, betont Sabine Mücke, Präsidentin des Museumsverbandes Baden-Württemberg. Der Museumsverband wird den Dialog mit den Parteien auch nach der Landtagswahl fortsetzen und sich weiterhin für starke Museen im ganzen Land einsetzen.

Hinweis:

Die Wahlprüfsteine, sowie die vollständigen Antworten der demokratischen Parteien darauf, können per Anfrage bei der Geschäftsstelle des Museumsverbandes Baden-Württemberg angefordert werden.

ÜBER DEN MUSEUMSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Museumsverband Baden-Württemberg vertritt seit 1976 die Interessen aller Museen und ihrer Mitarbeiter*innen im Land. Er bündelt ihre Anliegen und unterstützt sie bei ihrer Arbeit – egal ob im großen Landesmuseum oder im kleinen, ehrenamtlich betriebenen Heimatmuseum. Er ermöglicht Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit und trägt damit zur Qualitätssicherung im Museumsbereich bei. Er vernetzt, bezieht öffentlich Stellung und kooperiert mit den unterschiedlichsten Gremien.

Derzeit werden die Interessen von 660 persönlichen und institutionellen Mitgliedern vertreten (Stand: 12/2025).

Kontakt für Medienanfragen:

Museumsverband Baden-Württemberg e. V.

Leuschnerstr. 50, 70176 Stuttgart

Tel. 0711 - 93 665 990

presse@museumsverband-bw.de

www.museumsverband-bw.de

www.instagram.com/museumsverband_bw